



liberal international li-KURIER

AUSGABE 02|2024
WWW.DGLI.DE

MAGAZIN DER DEUTSCHEN GRUPPE DER
LIBERAL INTERNATIONAL E. V. (DGLI)



Impressum:

LI-Kurier – Magazin der Deutschen Gruppe der
LIBERAL INTERNATIONAL e. V. (DGLI), 22. Jahrgang.

Anschrift: Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Gruppe
der LIBERAL INTERNATIONAL (DGLI)
Reinhardtstr. 16, 10117 Berlin, E-Mail: info@dgli.de,
Webseite: www.dgli.de

Herausgeber: Dr. Jürgen Martens, Präsident der DGLI

Redaktion: Hellmut Meinhof (V.i.S.d.P.), DGLI-Präsidiumsmitglied
E-Mail: hellmut@meinhof.de

Redaktionsschluss: 22.04.2024



Jürgen Martens

Liebe Leserin, lieber Leser,

eine liberale Perspektive erweitert den
Horizont und hilft bei schwierigen Ent-
scheidungen, wie den anstehenden
Wahlen zum Europäischen Parlament.
Welche Macht aus Wahlen entspringt,
zeigt sich an der Angst der Autokraten
vor ihnen. Am Beispiel Russland wird

deutlich, wohin Regierende, die sich nicht vor den Bürgern verant-
worten müssen, ihr Land führen können. Das Glück der EU-Bürger,
wählen zu können, erscheint da umso verteidigungswerter.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre unseres li-KURIERS,
freue mich über Ihre Rückmeldungen und hoffe auf möglichst viele
liberale Wahlentscheidungen in diesem Jahr, wo immer auch ge-
wählt wird.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Dr. Jürgen Martens
Präsident der DGLI



KEINE TOLERANZ DEM ISRAELHASS - AUCH IN DER AUSSENPOLITIK

Von Frank Müller-Rosentritt

Vor einem halben Jahr brach für
Tausende Israelis die Hölle auf,
als ihr Land auf brutalste Art und
Weise überfallen wurde. Am Shab-
bat-Morgen des 7. Oktober 2023
erlitt der Staat Israel den größten
Terrorangriff seiner 75-jährigen Ge-
schichte. Ein Angriff, bei dem nicht
etwa die militärischen Fähigkeiten
Israels geschwächt oder vernichtet
werden sollten (was schon schlimm
genug wäre), sondern – und das ist
der große Unterschied zur anschlie-
ßenden Reaktion der israelischen
Verteidigungstreitkräfte (IDF) im
Gazastreifen – ein Überfall aus-
schließlich mit dem Ziel, so viele
unschuldige Zivilisten wie möglich
abzuschlachten und als Geiseln zu

nehmen. Ich habe mir im Kibbutz
Be’eri, nahe der Grenze zum Gaza-
streifen, einen Einblick in die Zer-
störungen durch den Terrorüberfall
verschafft und auch unzensierte
Mitschnitte der Bodycams der Ter-
roristen gesehen, mit denen sie ihre
bestialischen Verbrechen dokumen-
tiert haben.

Israel musste das schlimmste Mas-
saker an Jüdinnen und Juden seit
dem Ende der Shoa erleben und
viele in der israelischen Gesell-
schaft sind von diesen Gräueltat-
en traumatisiert. Und tagtäglich
bangt ganz Israel – und mit ihnen
die Freunde Israels weltweit - um
die mehr als 100 Geiseln, die wei-
terhin in der Gewalt der Terroristen
im Gazastreifen sind. Wenn in der

internationalen Debatte und auch
in Deutschland immer mehr die
Situation der palästinensischen
Zivilbevölkerung und die Kritik an
Israels Vorgehen im Gazastreifen
im Fokus steht, muss mehr denn
je daran erinnert werden, wodurch
dieser Krieg ausgelöst wurde und
wer für das Leid der Menschen
auf beiden Seiten verantwortlich
ist, nämlich die Hamas und alle,
die ihren Terror unterstützen. Den
aufgezwungenen Krieg gegen die
Hamas muss Israel zur Verteidi-
gung der eigenen Bevölkerung füh-
ren und gewinnen, um für die Zu-
kunft auszuschließen, dass jemals
wieder ein solcher Terror – auch
der tausendfache Raketenbeschuss
auf Israel ist zu nennen – vom Ga-
zastreifen ausgeht.

**WER NICHT NUR LESEN
SONDERN AUCH HÖREN WILL:**

DiploPod - der diplomatische
Salon im Podcast-Format un-
seres DGLI-Vizepräsidenten
Frank Müller-Rosentritt - ist
eine Reise in die Welt der
internationalen Diplomatie.

*Immer aus der Perspektive der
Freiheit. Denn Freiheit ist al-
les - außer selbstverständlich.*



Parallel ist Israel massiv durch die Hisbollah bedroht, die mit einem riesigen Raketenarsenal vom Libanon aus auf Israel zielt und bereits immer wieder Ziele in Israel angreift, so dass auch im Norden Israels Ortschaften zum Schutz der Bevölkerung evakuiert werden mussten. Und mit dem Angriff auf Israel am 13. April hat das iranische Regime, das die Terroristen von Hamas und Hisbollah und auch die jemenitischen Huthis fördert, erstmals direkt den jüdischen Staat angegriffen. Es ist nichts Neues, dass die Islamische Republik Iran die Zerstörung Israels anstrebt und dies auch ganz unverhohlen propagiert, aber die Attacke mit Hunderten Drohnen und Raketen ist eine neue Verschärfung.

Hinter all diesen Bedrohungen und Angriffen auf den Staat Israel steht eine grundsätzliche Ablehnung des Staates Israel und ein Hass auf Israel und die Juden. Die deutsche Politik ist gefordert, nicht nur innenpolitisch, sondern auch in der Außenpolitik klare Haltung zu zeigen und vor allem den Worten – Deutschland steht an der Seite Israels und die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson – echte Taten folgen zu lassen. Es darf generell keine Toleranz mit den Intoleranten geben, und ganz konkret auch keine Toleranz mit Israelhassern. Die bisherige Naivität im



Besuch im Kibbutz Be'eri, nahe der Grenze zum Gazastreifen

Foto: Privat

Umgang mit dem Mullah-Regime in Teheran und mit den Terrorgruppen im Nahen Osten muss überwunden werden. Genau wie Putin tun auch die Diktatoren und Terroristen im Nahen und Mittleren Osten letztlich das, was sie sagen, und legen völlig andere Maßstäbe an ihr eigenes Handeln an, als wir für angemessen und vernünftig halten.

Es ist allerhöchste Zeit, dass notwendige Maßnahmen, die teilweise bereits seit Jahren gefordert werden, endlich von der Exekutive als notwendig verstanden und angegangen werden. Es muss einen wesentlich härteren Kurs gegen das iranische Regime und seinen weltweiten Einfluss geben. Dass bis zuletzt die iranischen Revo-

lutionsgarden noch nicht in die Terrorliste der EU aufgenommen wurden, ist nur einer von vielen Aspekten einer verfehlten Iran-Politik. Bei den Vereinten Nationen muss klar gegen die notorische antiisraelische Einseitigkeit Stellung bezogen werden, sei es bei den Abstimmungen über betreffende Resolutionen oder im Hinblick auf unsägliche Äußerungen von Vertretern der UNO wie beispielsweise Francesca Albanese, die regelmäßig widerliche Hetze gegen Israel verbreitet und die gar nicht erst UN-Beauftragte für die Palästinensischen Gebiete hätte werden dürfen. Deutschland sollte Israel in den internationalen Gremien beistehen, so wie es zur Anklage Südafrikas gegen Israel beim In-

ternationalen Gerichtshof auch bereits der Fall ist.

Bei der UNRWA, dem Hilfswerk der Vereinten Nationen speziell nur für die Palästinenser, hat sich einmal mehr gezeigt, dass diese Organisation Teil des Problems und nicht der Lösung ist. Den vielfachen Berichten von Aufstachelung zum Hass auf Israel und sogar der konkreten Terrorbeteiligung durch Mitarbeiter der UNRWA müssen Konsequenzen folgen: neben einer Einstellung der Zahlungen an die UNRWA gilt es, die Überführung der Aufgaben der UNRWA in andere Organisationen zu erreichen. Zudem sind alle Zahlungen Deutschlands für die Palästinensischen Gebiete klar zu konditionieren und die Verwendung der Mittel in allen Schritten der Lieferkette zu prüfen. Es muss gewährleistet werden, dass die mit den Förderungen angestrebten Ziele auch erreicht werden und nicht stattdessen Hass und Terror gegen Israel gefördert werden.



Frank Müller-Rosentritt, MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Vizepräsident der DGLI

Foto: Privat

QUO VADIS, SLOWAKEI?

Von Renata Alt

Rhetorisch haben sich der slowakische Ministerpräsident Fico und der neugewählte Präsident Pellegrini Russland zugewendet. Folgen den Worten nun auch Taten?

Der Sieg von Peter Pellegrini bei der Präsidentschaftswahl am 6. April dieses Jahres verstärkte bei vielen Beobachtern die Besorgnis über den Kurs der Slowakei. Ausgelöst wurde sie durch die Parlamentswahl im vergangenen Herbst, bei der dem Linkspopulisten Robert Fico ein Comeback als Ministerpräsident

gelang. Fico, der vor sechs Jahren über Korruptionsvorwürfe stolperte, arbeitet seit seiner erneuten Amtsübernahme an einer Strafrechtsreform, die die Bekämpfung von Korruption erschweren soll. Aber er will nicht nur die Gerichte unter seine Kontrolle bringen, sondern auch die Medien.

Die noch bis Mitte Juni amtierende liberale Präsidentin Zuzana Caputová konnte die Vereinnahmung des Staates durch Fico bisher aufhalten. Viele befürchten, dass der neue Präsident Pellegrini hingegen keine Vetos gegen Ficos Pläne einlegen wird. Denn

Pellegrinis Partei Hlas ist Koalitionspartner von Ficos Partei Smer. Als Belohnung für die Unterstützung Ficos wurde Pellegrini 2023 Parlamentspräsident und wird in zwei Monaten Staatsoberhaupt.

Sowohl Fico als auch Pellegrini waren im Wahlkampf mit dem Schüren von Ängsten vor einer Ausweitung des Krieges auf die Slowakei erfolgreich. Beide sprachen sich gegen die Lieferung weiterer Waffen an die Ukraine aus. Die staatliche Hilfe für die Ukraine wurde zwar gestoppt, die slowakische Rüstungsindustrie beliefert die Ukraine aber weiterhin

mit Waffen – mit Billigung Ficos. Misst man die slowakische Regierung an Taten, nicht an Worten, so hat sie sich noch nicht völlig vom EU-Kurs abgewandt.

Die Annäherung an Russland dient offenbar vorrangig innenpolitischen Zwecken: der Machtsicherung des korrupten Ministerpräsidenten Fico. Wenn Pellegrini als Präsident ebenso kritiklos Ficos Gesetzesvorhaben unterstützt, wie er dies als sein Koalitionspartner getan hat, dann scheint der Weg der Slowakei in eine illiberale Demokratie nach ungarischem Vorbild vorgezeichnet zu sein.

Das bleibt aber abzuwarten. Pellegrini, der einst derselben Partei wie Fico angehörte, gründete nach Meinungsverschiedenheiten 2020 seine eigene Partei. Ein erneutes Zerwürfnis ist nicht ausgeschlossen. Gut möglich, dass Ficos „Taschenträger“, wie Pellegrinis Gegner ihn nennen, aus der Rolle des Königs-machers herauswächst und sich dem

Ministerpräsidenten entgegenstellt. Viele von Ficos Ankündigungen im Wahlkampf blieben populistische Rhetorik. Trotz seiner Kritik an der EU hat er die politischen Entscheidungen in Brüssel bisher mitgetragen. Auch für Deutschland hat sich die Slowakei immer als ein zuverlässiger Partner erwiesen. Sie ist übrigens das einzige Land der

Visegrád-Gruppe, das den Euro eingeführt hat und wirtschaftlich umso enger an die EU gebunden. Fünf Tage nach der Präsidentschaftswahl traf sich Fico mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal und erklärte, dass die Slowakei die Ukraine auf ihrem Weg in die EU unterstützen wolle. Messen wir ihn an seinen Taten.

Foto: © Deutscher Bundestag, Janine Schmitz, photothek



Renata Alt, MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages

INDIEN VOR DER WAHL: WER WIRD HERRSCHER ÜBER EINE MILLIARDE MENSCHEN?

Von Carsten Klein

Die Parlamentswahl in Indien erstreckt sich über sechs Wochen. Fast eine Milliarde Menschen sind wahlberechtigt. Sie entscheiden über die Zukunft des bevölkerungsreichsten Landes der Welt.

Wie wird in Indien gewählt?

Die Parlamentswahl in Indien ist die größte Demokratieveranstaltung der Welt. Rund 970 Millionen Inderinnen und Inder sind wahlberechtigt. Das entspricht zwölf Prozent der Weltbevölkerung. Die gesamte Europäische Union hat nur halb so viele Einwohner. Die Organisation der Megawahl ist für die Behörden ein logistischer Kraftakt, bei dem rund 15 Millionen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer zum Einsatz kommen. So werden die elektronischen Wahlmaschinen auf allen möglichen Transportwegen bis in die entlegenen Gegenden Indiens verschickt.

Aufgrund der großen Komplexität der Wahl findet die Abstimmung nicht überall gleichzeitig statt. Stattdessen erstreckt sie sich über einen Zeitraum von sechs Wochen. Der erste Wahltag ist der 19. April. An diesem Tag können die Menschen in mehr als 100 Wahlbezirken ihre Stimme abgeben – unter anderem im Bundesstaat Tamil Nadu sowie in Teilen von Maharashtra, Uttar Pradesh und Bihar. Weitere Abstimmungstermine erfolgen am 26. April, sowie am 7., 13., 20. und 25. Mai. Der letzte Wahltag ist für 1. Juni angesetzt. Ausgezählt werden die Stimmen dann am 4. Juni. An dem Tag soll auch das Ergebnis verkündet werden.

Wer wird gewählt?

Die Wählerinnen und Wähler entscheiden in Indien über die Zusammensetzung der ersten Parlamentskammer, der Lok Sabha. Gewählt werden 543 Abgeordnete aus ebenso vielen Wahlkreisen mit einer einfachen Mehrheitswahl. Das bedeutet: Die Kandidatin oder der Kandidat mit den meisten Stimmen zieht in das Parlament ein. Ihre Legislaturperiode dauert fünf Jahre, sofern das Parlament nicht vorzeitig aufgelöst wird.

131 der Parlamentssitze – knapp ein Viertel – sind für bestimmte niedrigere Kastengruppen und Stammesangehörige reserviert. In den entsprechenden Wahlkreisen dürfen nur Angehörige der jeweiligen Gruppen antreten. In Zukunft soll im Parlament auch eine Frauenquote von mindestens 33 Prozent gelten – ein entsprechendes Gesetz wurde im vergangenen Jahr verabschiedet. Bei der aktuellen Wahl gilt die Quote aber noch nicht. Die Reform tritt voraussichtlich erst bei der nächsten Parlamentswahl im Jahr 2029 in Kraft. Derzeit sind nur 14 Prozent der Lok-Sabha-Abgeordneten weiblich.

Wer tritt an?

Bei der Wahl stehen sich zwei große Parteienblöcke gegenüber: Die National Democratic Alliance (NDA) des aktuellen Regierungschefs Narendra Modi, der in Indien seit 2014 regiert und sich bei der Parlamentswahl in diesem Jahr eine dritte Amtszeit sichern möchte. Die NDA wird von der Hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) angeführt, der auch Narendra Modi angehört. Die BJP gewann bei der letzten Parlamentswahl eine absolute Mehrheit von 303 Sitzen. Zusammen mit verbündeten Regio-

nalparteien, die zur NDA gehören, kam die Regierungsbündnis auf 353 Abgeordnetenmandate.

Herausgefordert wird die NDA vom Oppositionsblock Indian National Developmental Inclusive Alliance (INDIA), zu dem sich die wichtigsten Oppositionsparteien im vergangenen Jahr zusammengeschlossen haben. Angeführt wird der Block von der Indischen Kongresspartei, Indiens größter Oppositionspartei. Die Kongresspartei stellte mit Jawaharlal Nehru den ersten Regierungschef des Landes nach der Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht und prägte über Jahrzehnte Indiens Politik. Mit Modis Aufstieg verlor sie auf nationaler Ebene aber stark an Bedeutung und kam bei der Wahl 2019 nur noch auf 52 Parlamentssitze.

Differenzen über die Sitzverteilung störten in den Monaten vor der Wahl teilweise die Geschlossenheit des Oppositionsblocks. Die Allianz der Oppositionsparteien hat auch keinen gemeinsamen Spitzenkandidaten für das Premierministeramt ernannt.

Im Gegensatz dazu steht die BJP mit ihren Verbündeten eindeutig hinter Modi, den die Regierungsparteien für fünf weitere Jahre im Amt bestätigen wollen. Umfragen deuten darauf hin, dass ein Wahlsieg der BJP sehr wahrscheinlich ist. Die Parteispitze erwartet erneut eine absolute Mehrheit und hat sich hierbei das Ziel gesetzt 400 Abgeordnetenmandate für die NDA zu sichern. Stark war die BJP zuletzt vor allem im bevölkerungsreichen Norden des Landes. Bei dieser Wahl hat sich Modi zum Ziel gesetzt, auch in den wohlhabenderen südlichen Bundesstaaten zu punkten.

Welche Themen stehen im Vordergrund?

In ihrem Wahlprogramm verspricht die BJP einen Fokus auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie den Ausbau von Infrastruktur und Sozialprogrammen in Indien. Ausreichend Jobs vor allem für die rund zehn Millionen jungen Inderinnen und Inder zu schaffen, die jedes Jahr neu auf den Arbeitsmarkt kommen, fiel der Modi-Regierung bisher trotz eines starken Wirtschaftswachstums schwer.

Die Arbeitslosigkeit im Land sehen die Wählerinnen und Wähler laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CSDS als die größte Herausforderung, welche die nächste Regierung angehen sollte. Mehr als 60 Prozent der Befragten gaben darin an, dass es während der vergangenen Legislaturperiode schwerer geworden ist, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Bekämpfung der Inflation wurde unter den wichtigsten Anliegen am zweithäufigsten genannt. Modis Hindu-nationalistische Politik kommt bei den Wählern gut an: Die Eröffnung eines Ram-Tempels auf dem Gelände der 1992 von militanten Hinduisten zerstörten Babri-Moschee in der hindu-istischen Pilgerstadt Ayodhya war der Umfrage zufolge die populärste Maßnahme der Regierung.

Die Kongresspartei verspricht in ihrem Wahlprogramm, marginalisierte Gruppen stärker zu unterstützen. Auch sie nimmt dabei das Thema Arbeitsplätze in den Fokus: Benachteiligte Kasten sollen unter anderem bessere Chancen auf Stellen im öffentlichen Dienst erhalten. Zudem verspricht die Oppositionspartei garantierte Mindestpreise für landwirtschaftliche Güter – eine solche For-

derung kam zuletzt von Bauern, die bei Protesten auf ihre wirtschaftlichen Probleme aufmerksam machten.

Sind die Wahlen frei und fair?

Indiens Demokratie zeichnet sich nicht nur durch ihre Größe aus – in keinem anderen Staat haben so viele Menschen die Möglichkeit, sich am demokratischen Prozess zu beteiligen –, sondern auch durch robuste Institutionen, welche die Regierungsarbeit kontrollieren. Dennoch beklagen Beobachter eine Erosion demokratischer Werte während Modis Regierungszeit. Der „Democracy Index“ des britischen „Economist“ listet Indien als „mangelhafte Demokratie“, die Denkfabrik „Freedom House“ bewertet das Land als nur „teilweise frei“: „Die Verfassung garantiert die bürgerlichen Freiheiten, einschließlich der Meinungs- und Religionsfreiheit,

aber die Schikanen gegen Journalisten, Nichtregierungsorganisationen und andere Regierungskritiker haben unter Modi erheblich zugenommen“, beklagt die Organisation.

Wenige Wochen vor der Wahl sorgte die Festnahme eines prominenten Oppositionsführers für Aufsehen: Arvind Kejriwal, Ministerpräsident Delhis und Vorsitzender der Aam Aadmi Party (AAP), steht laut Ermittlungsbehörden unter Korruptionsverdacht. Er bestreitet die Vorwürfe und wirft der Regierung vor, die Strafverfolgungsbehörden zu ihrem eigenen politischen Vorteil zu instrumentalisieren. Die Regierung weist dies wiederum zurück und verweist auf die Unabhängigkeit der Justiz.

Auch die Kongresspartei wirft der Regierung unfaire Methoden vor: Anfang des Jahres wurden in einer Auseinandersetzung mit den Steuer-

behörden mehrere ihrer Konten eingefroren. Die Partei fühlt sich davon in ihren Wahlkampfmöglichkeiten stark eingeschränkt. Auch hier bestreitet die Regierung ein politisch motiviertes Vorgehen der Behörden. Welche Sicht auf die juristischen Verfahren zutreffend ist, wurde bisher nicht unabhängig geklärt. Ein Sprecher von UN-Generalsekretär Antonio Guterres teilte mit: „Wir hoffen sehr, dass in Indien, wie in jedem Land, in dem Wahlen stattfinden, die Rechte aller geschützt werden, einschließlich der politischen und bürgerlichen Rechte, und dass jeder in der Lage ist, in einer freien und fairen Atmosphäre zu wählen.“

Positiv festzuhalten ist jedoch der demokratische Geist, der mit den Parlamentswahlen einhergeht. So gibt es unzählige Initiativen, welche die Bevölkerung zum Wählen aufrufen, und vermehrt Forderungen, um mar-

ginalisierte Bevölkerungsgruppen besser in den demokratischen Prozess zu inkludieren. Auch muss festgehalten werden, dass die Wahlen in Indien frei und weitestgehend fair stattfinden. Ein Regierungswechsel wäre also möglich, und einige politische Kommentatoren weisen auf Parallelen zu den Parlamentswahlen von 2004 hin, vor denen die damalige BJP-Regierung von Premierminister Vajpayee ebenfalls favorisiert wurde und dann von der Kongressangeführten Opposition geschlagen wurde.



Dr. Carsten Klein, Vizepräsident der DGLI, Regionalleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Südasiens

Foto: Privat

EU-BÜROKRATIE UND KEIN ENDE?

Von Carl-Julius Cronenberg

Deutschland leidet an überbordender Bürokratie. Wirtschaft und Gesellschaft stehen kurz vor dem Bürokratie-Burnout. Dabei hat Brüssel Berlin längst den Rang der Bürokratie-Hauptstadt abgelaufen. Die Kosten sind enorm, vor allem weil der geschätzte „Erfüllungsaufwand“ oft nur die Spitze des Eisbergs darstellt.

57 Prozent der Bürokratiekosten in Deutschland werden mittlerweile durch europäische Vorgaben verursacht. Grund dafür sind Brüsseler Richtlinien und Verordnungen, die vor neuer Bürokratie nur so strotzen. Beispielsweise aber nicht abschließend seien erwähnt die Lieferkettenrichtlinie (CSDDD), die Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie (CSRD) oder die Entwaldungsverordnung. Ebenso die EU-Taxonomie, der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) oder die Verordnung gegen Zwangsarbeit.

Oft wird das, was gut gemeint ist, schlecht gemacht. Mal regelt Brüssel, was auf nationaler Ebene effizienter gestaltet werden kann,

und verletzt damit das Prinzip der Subsidiarität. Ein anderes Mal werden Verordnungen ohne Mehrwert für die Menschen geschaffen. Auch kommt es vor, dass der Normzweck im krassen Widerspruch zu anderen politischen Zielen der EU steht, und am Ende keine Priorität mehr erkennbar ist oder keines der Ziele erreicht wird.

In praktisch allen Fällen wirkt sich die überschießende Regulierung negativ auf den Mittelstand aus. Geschicktes Lobbying der großen Konzerne „hilft“ Regulierung so auszugestalten, dass kleinere Mitbewerber oder Konkurrenten aus Drittländern aus dem Markt gedrängt werden. Kein Wunder, dass in der Welt der Eindruck entsteht, die EU verhalte sich protektionistisch und meine es am Ende nicht ernst mit Freiem Handel und entsprechenden Abkommen.

Schlimmer noch als die negativen wirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklung sind die politischen Kosten. EU-Richtlinien werden in nationale Gesetze umgesetzt und EU-Verordnungen werden von mitgliedstaatlichen Behörden durchgesetzt. Dadurch steht „Brüssel“

zunächst gut da: Wer ist schon für „Zwangsarbeit“ oder gegen „mehr Nachhaltigkeit“?

Sind die Bürokratielasten dann aber erst einmal bei den Bürgern und Betrieben angekommen, stellen Rechtspopulisten gleich die ganze EU infrage – die AfD sieht sie sogar als „gescheitertes Projekt“. Akzeptanz und Zustimmung für Europa schwinden. Die Normerfüllungsbereitschaft nimmt ab. So wird Brüsseler Bürokratie zum Booster für alle politischen Kräfte, die unsere liberale Demokratie und soziale Marktwirtschaft ablehnen.

Europa ist immer dann stark, wenn es Schlagbäume abbaut und daraus Leitplanken für mehr Freiheit macht. Überschießende Regulierung – auch wenn gut gemeint – macht das Gegenteil. Aus standortstärkenden Leitplanken für mehr Freiheit werden dann doch wieder freiheitseinschränkende Schlagbäume. Freier Verkehr für Dienstleistungen? Detaillierte Anforderungen im Entsenderecht führen zu Rückbau durch Verkomplizierung. Freier Warenverkehr? Kleinteilige Verordnungen wie die Medizinpro-

dukterichtlinie schließen den Mittelstand quasi aus dem Markt aus.

Besonders kritisch macht sich die mangelnde Technologieoffenheit bemerkbar. Niemand kann wissen, welche Technologien in Zukunft zur Verfügung stehen. Jede Beschränkung auf einzelne Technologien, die heute zur Verfügung stehen, schränkt die Kreativität der Ingenieure und Unternehmer und damit deren Freiheit von morgen ein.

Wer den Binnenmarkt wirklich stärken will, der sollte daher den Empfehlungen des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Enrico Letta folgen und eine fünfte Binnenmarktfreiheit für Forschung und Innovationen in den EU-Verträgen verankern. So bieten beispielsweise regulatorische Sandkästen wichtige Räume, um neue Innovationen ohne lähmende Bürokratie in der Praxis zu testen und anschließend europaweit einzuführen.

Es ist zu bedauern, dass die Kommission mit ihrer aktuellen Präsidentin Ursula von der Leyen (CDU) genau in die gegenteilige Richtung marschiert. Selten wurde so

viel neue bremsende Bürokratie geschaffen, wie in der aktuellen Amtszeit. Umso besser, dass Präsident Macron und Kanzler Scholz dagegen eine gemeinsame Initiative zum Regulierungsabbau angekündigt haben. Schließlich konnte eine deutsch-französische Zusammenarbeit, schon die größten Herausforderungen in Europa meistern.

Doch wer europäische Bürokratie abbauen will, muss auch national Verantwortung zu übernehmen. Denn das Problem existiert auf allen staatlichen Ebenen und schon viel zu oft wurden ursprünglich schlanke Brüsseler Gesetze in Deutschland aus politischen

Motiven verschärft und verkompliziert. Bei diesem sogenannten „Gold-Plating“ werden europäische Richtlinien im deutschen Gesetzgebungsprozess um zusätzliche Paragraphen und Auflagen ergänzt.

Gleichzeitig werden aber auch Chancen der europäischen Gesetzgebung nicht genutzt. Zum Beispiel ermöglicht die EU-Arbeitszeitrichtlinie schon heute eine flexible Wochenarbeitszeit. In Deutschland wird aber weiterhin am starren Acht-Stunden-Tag festgehalten.

Dass es besser geht, zeigt die FDP. Auf Basis der EU-Nachweis-

richtlinie haben wir endlich den Weg für digitale Arbeitsverträge in Deutschland freigemacht. Bei der Lieferkettenrichtlinie konnten wir an vielen Stellen wichtige Erleichterungen durchsetzen und die neue Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) wird 1:1 ohne „Gold-Plating“ umgesetzt.

Im Ergebnis steht fest: Nur wir Freien Demokraten setzen uns glaubhaft für einen echten Bürokratieabbau auf europäischer und nationaler Ebene ein. Und: Bürokratie ist nicht in Stein gemeißelt. Mit einer starken liberalen Stimme in Berlin und Brüssel kann sie nicht nur verhindert, sondern auch wie-

der abgebaut werden. Denn unser Europa wächst und gedeiht nicht mit Verordnungen und Kontrollen, sondern mit Freiheitsvertrauen und Freiheitsoptimismus. Europa ist immer dann am stärksten, wenn wir den Menschen die Freiheit geben, es selber zu gestalten.



Carl-Julius Cronenberg, MdB, Sprecher für Mittelstand und Freihandel der FDP-Bundestagsfraktion

Foto: Privat

KANADISCHE SENATORIN YVONNE BOYER FÜR LI PRIZE FOR FREEDOM 2024 VORGESCHLAGEN

Von Manfred R. Eisenbach

Mit der Nominierung für den Prize for Freedom der Liberal International (LI) für das Jahr 2024 würdigt die Deutsche Gruppe der Liberal International (DGLI) Yvonne Boyers beispielhaftes Leadership und herausragendes Engagement für die Rechte der indigenen Völker Kanadas. Renata Alt, FDP-Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sagte dazu: „Das Thema First Nations und ihre Menschen- und Bürgerrechte spielt nicht nur in Kanada eine immer wichtigere Rolle, sondern auch in den USA und in Australien bei den Aboriginals und anderen Weltregionen.“

Das DGLI-Präsidium macht seinen Vorschlag in der festen Überzeugung, dass es an der Zeit ist, auch die Beiträge derjenigen anzuerkennen und zu würdigen, die sich in un-



Senatorin Yvonne Boyer

Foto: Privat

seren Ländern der westlichen Welt mit großem Einsatz für die Rechte der First Nations einsetzen.

Die Rechtsanwältin und Hochschullehrerin Yvonne Boyer ist Ontarios erste indigene Senatorin in der „Red Chamber“, dem kanadischen Oberhaus, und hat einen Großteil ihrer Karriere der Verbesserung der Menschen- und Bürgerrechte und insbesondere der Gesundheitsversorgung der indigenen Bevölkerung Kanadas gewidmet.

Die 70-jährige Senatorin ist selbst Mitglied der Métis Nation of Ontario und hat ihre Vorfahren in der Métis Nation of Saskatchewan und Red River. Sie wurde vom liberalen Premierminister Justin Trudeau 2018 als Vertreterin ihrer Provinz Ontario für das Oberhaus vorgeschlagen, von der Generalgouverneurin bestellt und sitzt seither als Unabhängige („Crossbencher“) in der 1. Parlamentskammer.

Boyer ist ehemaliges Mitglied der kanadischen Menschenrechtskommission, war auch Syndica für die Native Women's Association of Canada und als leitende politische Analystin und Rechtsberaterin bei der National Aboriginal Health Organization tätig.

Nach den LI-Statuten soll der Prize for Freedom an eine bekannte Persönlichkeit liberaler Überzeugung

verliehen werden, die einen herausragenden Beitrag zur Verteidigung von Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechten geleistet hat. Mit der Auszeichnung von Senatorin Yvonne Boyer würde nach Ansicht des DGLI-Präsidiums die Liberal International Lebenswerk und Engagement einer Persönlichkeit auszeichnen, die sich beeindruckend in den Dienst dieser Werte und des Wohls der indigenen Völker gestellt hat.



Manfred R. Eisenbach, DGLI-Generalsekretär und Vorstandsmitglied des FDP-Bundestagsausschusses „Internationale Politik“ sowie ständiger Gast im FDP-Bundesvorstand

Foto: Privat

Kommende Termine:

LI Day am 19. Oktober 2024 in Berlin

Die DGLI lädt Sie herzlich ein zum **18. LI Day** mit dem Thema:

„Auf dem Weg zu mehr Generationengerechtigkeit – Liberale Forderungen an eine freiheitliche, faire und nachhaltige Gesellschaftspolitik“ am Samstag, 19. Oktober 2024, um 10.00 Uhr in der Reinhardtstraße 14 in Berlin. Nähere Infos auf www.dgli.de

DGLI-Deutschlandtour

Die alljährliche DGLI-Deutschlandtour findet vom 1. bis 3. Juli 2024 statt und dient der Förderung des liberalen Gedankenaustauschs zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bundeswehr etc. Diesmal im Fokus: Sachsen und Thüringen. Es stehen Besuche bei ausgewählten „Hidden Champions“, bei Wirtschaftsverbänden und Hoch-Technologie Unternehmen an. Den Abschluss bildet ein Besuch beim Panzergrenadierbataillon 391 in Bad Salzungen.

Zur Delegation gehören neben Politikern, Unternehmern und Repräsentanten aus öffentlicher Verwaltung und Gesellschaft auch Diplomaten, in diesem Jahr aus Indien. Ansprechpartner: Dr. Carsten Klein, DGLI-Vizepräsident